

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Integrationsrat	14.03.2011	

Anlass:

 Mitteilung der Verwaltung Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates Betr.: Abfrage von Staatsbürgerschaften

Die Mitglieder des Integrationsrates, Turan Özküçük, Filiz Kalaman und Tekin Parmaksız, bitten über die Geschäftsstelle des Integrationsrates um Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Trifft es zu, dass bei der Verlängerung von Personaldokumenten (Personalausweis, Pass) die Meldebehörden einem Teil der Bürger Fragen über mögliche weitere Staatsbürgerschaften stellen?
- 2.) Trifft es zu, dass bei demselben Anlass ein Teil der Bürger dazu angehalten wird bzw. angehalten werden soll, ein Formdruck zur schriftlichen Beantwortung solcher Fragen auszufüllen?

Wird eine dieser beiden Fragen bejaht, so wird um die Beantwortung weiterer Fragen gebeten:

- 3.) Welche sind die Fragen, die gestellt werden?
- 4.) Welchem Personenkreis werden diese Fragen gestellt?
- 5.) Was ist die Rechtsgrundlage dieser Handlung?

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Gem. § 6 Abs. 2 Satz 2 Passgesetz (PassG - zuletzt geändert am 30.07.2009) sowie § 9 Abs. 3 Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (PAuswG - gültig seit 01.11.2010) ist jeder Antragsteller bei der Beantragung eines neuen

Ausweisdokumentes (Personalausweis oder Reisepass) hinsichtlich des Bestehens bzw. Fortbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit zu befragen. Die Befragung wird mittels des vom Bundesministerium des Inneren entwickelten Beiblattes zur Staatsangehörigkeitsabfrage durchgeführt.

Die Fragen sind dem beigefügten Muster (Anlage 1) zu entnehmen.

Die Fragen werden gestellt, um sicherzustellen, dass die deutsche Staatsangehörigkeit weiterhin Bestand hat. Ergibt sich aus der Befragung, dass ein Verlustgrund eingetreten sein könnte, so ist Rücksprache mit der Staatsangehörigkeitenbehörde zu nehmen.

Gez. Kahlen